



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2012/11266**  
Datum: 21.11.2012  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220  
Verfasser: Bönisch, Bernhard  
Plandatum:

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	12.12.2012	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	17.01.2013	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.02.2013 19.03.2013	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.02.2013 20.03.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.02.2013 27.03.2013	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.

gez. Bernhard Bönisch  
Fraktionsvorsitzender

## **Begründung:**

„Die Braunkohlesanierung wird in Sachsen-Anhalt auch in den kommenden Jahren mit großem finanziellem Aufwand vorangetrieben. Das Land Sachsen-Anhalt unterzeichnete das entsprechende 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen am 15. November 2015. Danach stehen von 2013 bis 2017 für die Braunkohlesanierung in Sachsen-Anhalt rund 175,6 Millionen Euro zur Verfügung. Davon kommen 117,3 Millionen Euro vom Bund; 58,3 Millionen Euro stellt das Land bereit. Zur Braunkohlesanierung gehören die Grundsanie rung (Sanierungsarbeiten mit dem Ziel der Wiedernutzbarmachung der vom Bergbau in Anspruch genommenen Flächen, der Beseitigung von Investitionshemmnissen und Beendigung der Bergaufsicht) sowie ergänzende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers. Grundlage für Finanzierung und Organisation der Sanierung der Braunkohlegebiete ist ein Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den ostdeutschen Braunkohleländern. Das seit 2008 geltende 4. Verwaltungsabkommen läuft Ende 2012 aus.“ (Quelle: Veröffentlichung der Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt vom 15. November 2012)

Nach wie vor besteht im Stadtgebiet die weitere Sicherung und Sanierung von Bergbaufolgestandorten. Die Ereignisse am Osendorfer See sind ernst zu nehmen und benötigen eine dauerhafte Behebung der Schäden. Die Stadt soll sich für die Förderung beim Land einsetzen.